Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 260. Sonnabend den 17. September 1881. 75. Jahrgang.

Wegen der Messe
ist unsere Expedition
morgen Sonntag
Vormittags bis 12 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei Gelegenheit des am 18. ds. Mts. abzuhaltenden **Wettrennens** haben wir für nöthig erachtet, folgende Anordnungen zu treffen:

1) An diesem Tage sind Nachmittags von 12—6 Uhr der **Scheibenweg** vom Schleußiger Wege **bis zum Johannapark** und **von** der Brandbrücke ab bis zum **Kurschwehr** für den öffentlichen Fahr- und Reitverkehr, ingleichen der Scheibenweg vom Schleußiger Wege ab bis zum Scheibengehölz auch für den Fußverkehr **gesperrt.**

2) Wagen, die in die Rennbahn gelangen wollen, haben für den **Hinweg** die Münzgasse und den Schleußiger Weg **zu benutzen**, den **Rückweg** durch das Scheibengehölz und den Johannapark zu nehmen.

3) Diejenigen Wagen, welche nur **bis an den Eingang** zur Rennbahn bei der Einmündung **des Scheibenweges** in den Schleußiger Weg fahren, haben den Rückweg durch die **Körnerstraße** zu nehmen.

4) Auf dem **Hinwege** haben alle Wagen **rechts** zu fahren und sich streng in der Reihenfolge zu halten.

5) **Auf dem Schleußiger Wege darf kein Wagen halten.**

Wir bringen diese Anordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Bemerken, daß unsere Organe angewiesen sind, die Beobachtung derselben auf das Strengste zu überwachen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder Haft bestraft.

Die **Droschkenführer** werden insbesondere noch darauf hingewiesen, daß das **Fahrgeld**, welches hierbei

für 1 Person 1 Mk. — Pf.
für 2 Personen 1 Mk. 25 Pf.
für 3 Personen 1 Mk. 50 Pf.
für 4 Personen 1 Mk. 75 Pf.

beträgt, regulativmäßig **vor** dem Einsteigen von den Fahrgästen erhoben werden **muß.**

Leipzig, am 16. September 1881.

Der Rath und das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Rüder.
Dr. Wangemann. Daegner, S.

Bekanntmachung.

Da, wie neuere Vorkommnisse gezeigt haben, das Transportiren von unverhüllten **Spiegeln** auf den Straßen das Scheuwerden der Pferde herbeiführen kann, wenn diese durch den plötzlichen Anblick ihres Spiegelbildes oder durch den hellen Spiegelreflex erschreckt werden, verfügen wir hiermit, daß **Spiegel auf den Straßen nur verhüllt oder verdeckt transportirt werden dürfen.**

Zuwiderhandelnde werden um Geld bis zu Sechzig Mark oder mit Haft bis zu **vierzehn** Tagen bestraft werden.

Leipzig, den 16. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harnwitz.

Bekanntmachung.

Der von uns am 29. August dieses Jahres zur Fischzucht und Benutzung als Eisbahn zur anderweiten Verpachtung versteigerte **hiesige Schwanenteich ist verpachtet** und es werden daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die **unberücksichtigt gebliebenen Bieter** ihrer **Gebote** hiermit **entlassen.**

Leipzig, den 15. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten **September, October, November und December 1880** versetzten oder erneuerten Pfänder, die weder zur Verfallzeit noch bis jetzt eingelöst worden sind, auch nicht bis zum 30. September a. c. eingelöst werden, sollen den **1. November d. J. und folgende Tage** im Parterre-Locale des Leihhauses öffentlich versteigert werden.

Es können daher die in den genannten Monaten versetzten Pfänder **nach** dem 30. September d. J. und **spätestens am 6. October d. J.** nur unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark des Darlehns **eingelöst oder nach Befinden erneuert** werden; vom 7. October d. J. an, an welchem Tage der Auctionskatalog geschlossen wird, kann **lediglich die Einlösung** derselben unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark der **ganzen Forderung** des Leihhauses stattfinden, und zwar nur bis zum **28. October d. J.**, von welchem Tage ab Auctionspfänder unwiderruflich **weder eingelöst noch prolongirt** werden können.

Es hat also vom 29. October d. J. an Niemand mehr das Recht, die Einlösung solcher Pfänder zu verlangen, und können dieselben daher von den Eigenthümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erstehens wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des Einlösens und Versetzens anderer Pfänder während der Auction in den gewöhnlichen Localen seinen ungestörten Fortgang.

Leipzig, den 15. September 1881.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.
J. V.: Ludwig Wolf.

Bekanntmachung.

Laut erstatteter Anzeige zu Folge hat das Dienstmädchen **Anna Lina Jobst** aus **Knatewitz** ihr vom Gemeinde-Vorstand Knatewitz ausgestelltes **Dienstbuch** auf der Reise von hier nach ihrem Heimathsort verloren. Man bittet, im Auffindungsfalle dasselbe hierselbst abzugeben.

Leipzig, am 14. September 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Höfer Rth.

Bekanntmachung.

Wegen Legung von Gasröhren wird die **Harkortstraße** und die **westliche Fahrbahn** des **Floßplatzes** auf der Strecke von der **Kleinen Burggasse** bis zur **verlängerten Hohen Straße** von

Freitag, den 16. September d. J.

an bis zur Fertigstellung der Arbeiten für den **Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 15. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harnwitz.

Logisvermiethung.

Eingetretener Verhältnisse halber ist in dem **Universitätsgrundstücke zum goldenen Anker**, Große Fleischergasse Nr. 8, 3. Etage, ein **Logis** von **2 Stuben, 4 Kammern, Küche, Boden- und Kellerraum** vom **1. October d. J.** oder nach Befinden vom **1. Januar k. J.** an meistbietend, jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, anderweit zu vermiethen.

Reflectanten werden ersucht, ihre Gebote

Freitag, den 23. September d. J., Vormittags 11 Uhr

im **Universitäts-Rentamte** (Paulinum) abzugeben.

Die Licitationsbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus.

Leipzig, am 14. September 1881.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 17. September.

Der tunesische Kriegszug der Franzosen hat die Bevölkerung der Küstenländer von Nordafrika in eine fast allgemeine Bewegung versetzt, deren Schwingungen jetzt schon vom Atlas bis an den Nil reichen. Die Kabylen im Aufstand, die Tuaresen im Aufstand, die Wüstenstämme im Aufstand und nun auch eine Erhebung der regulären Armee in Kairo! Daß die Empörer mit Kanonen versehen waren, deutet auf eine sorgfältige Vorbereitung und wenn auch die Disciplin egyptischer Truppen wohl nicht so schwer zu erschüttern ist, so hat man es hier offenbar mit einer wohlorganisirten Verschwörung zu thun, mit einem weiteren Anzeichen dafür, daß die tunesische Affaire den Anstoß zu einer Reihe von fortschreitenden politischen Eruptionen bei den moslemitischen Völkerschaften Nordafrikas gegeben hat.

Die Empörung von Kairo hat indessen ein bestimmtes Programm; während es sich bei den Kabylen und Tuaresen nur um die Bekämpfung des europäisch-christlichen Regiments handelt, verlangen die meuternden Soldaten von Kairo — eine Verfassung und einen Ministerwechsel. Das ist mehr eine Insurrection in europäischem, modernem Stil. Der Schein der Freisinnigkeit, welcher dadurch in die Handlungen der Aufständischen kommt, wird aber schnell verwischt oder mindestens zweifelhaft gemacht, wenn man sich die Sache näher ansieht. Das gestürzte Ministerium des neuen Khedive hat eine Reihe von Reformen durchgeführt; es hat Steuern, die sehr drückend waren, aufgehoben und in der Justizpflege namhafte Verbesserungen eingeführt, aber es hatte sich bei den Truppen, resp. den Officieren nicht beliebt machen können, weil es die Zahl der Truppen beschränken zu müssen glaubte. So empörte sich die Armee, man verjagte die Minister und zur Zeit liegt die Gewalt thatsächlich in den Händen der Insurgenten.

Was nun? Eine eigentliche endgültige Entscheidung ist noch nicht herbeigeführt worden; wohl spricht man aber davon, daß Egypten, um dort wieder geordnete Zustände herbeizuführen, einer Besetzung unterworfen werden müsse. — Wer aber soll Egypten besetzen? die Pforte hat immer noch Hoheitsrechte an Egypten und sie hätte offenbar Lust, dieselben geltend zu machen; man vermuthet auch nicht ohne Grund, daß die Pforte die ganze Empörung angezettelt habe, um wieder in den Besitz Egyptens zu gelangen. Möglich, daß die Pforte sich zu einem verzweifelten Streich entschlossen und die gegenwärtige Empörung benutzt hat. Der Hauptfeind der Pforte, Rußland, ist durch seine inneren Wirren so ziemlich lahm gelegt und die Bewegungen in Nordafrika würden an der Pforte ihre natürliche Schutzherrin finden. Deshalb erachtet man am Goldenen Horn den Moment für gekommen, sich in Egypten wieder festzusetzen, die verlorenen Positionen wieder zu gewinnen.

Aber die europäischen Mächte werden hier offenbar ein Vorrecht für sich in Anspruch nehmen. England hat bei all seiner vorgeblichen Freundschaft eine schwache Türkei immer lieber gesehen, als eine starke, und so wird es auch diesmal sein. Herr Gladstone wird Egypten lieber selber besetzen, als es von den Türken besetzen lassen, und wenn formell die Türkei sich auf ihre Oberhoheiten stützen kann, so weiß man, daß das stolze England solche Rechtsgründe zwar nicht bei sich, wohl aber bei Anderen sehr leicht zu befinden pflegt. Allein mit dem bloßen „guten Willen" des Herrn Gladstone ist diese heikle Angelegenheit keineswegs erledigt. Am Nil und am Suezcanal laufen die Interessen der verschiedensten europäischen Mächte zusammen; an keinem Puncte des Orients berühren sich dieselben so empfindlich wie da und nirgends ist es deshalb leichter, einen europäischen Conflict hervorzurufen, wie in Egypten. England wird also seine sattsam bekannte Ländergier, schon mit Rücksicht auf Frankreich, zügeln müssen, wenn es nicht die Schuld und die Verantwortung einer großen Katastrophe auf sich laden will. Man meldet, die Affaire sei keineswegs beunruhigend und nirgends sei das Leben oder Eigenthum der Fremden bedroht. Die Egypter scheinen noch nicht zu wissen, daß bei den Engländern die „Gründe" für eine solche Besetzung so wohlfeil wie die Brombeeren sind.

Die „große liberale Partei", deren Verwirklichung besonders von den Secessionisten ersehnt wurde, wird ein frommer Wunsch bleiben; selbst der Vorschlag eines gemeinsamen, alle liberalen Richtungen umfassenden Wahlaufrufs ist von hervorragenden Preßorganen der nationalliberalen sowohl als der Fortschrittspartei zurückgewiesen worden. Eine Kundgebung, der alle liberalen Männer „von Bennigsen bis Richter" ihre Zustimmung geben könnten, müßte in der That von einem so verschwommenen Inhalt sein, daß sein Werth sehr zweifelhaft wäre. Ueberdies ist der ganze Wahlfeldzug seitens der Fortschrittspartei mit so scharfen Angriffen gegen die gemäßigteren Richtungen des Liberalismus eröffnet worden, es ist so geflissentlich Zwietracht in liberale Wählerschaften auch an solchen Orten gesäet worden, wo für die fortgeschrittenere Richtung des Liberalismus nicht die mindeste Aussicht auf einen andern Erfolg als den, die Interessen der Conservativen oder Ultramontanen zu befördern, vorhanden war, daß die Zumuthung, die Unterschiede zwischen den verschiedenen liberalen Richtungen zu verwischen und zu verschleiern, in vielen Gegenden geradezu als eine Selbstpreisgebung der nationalliberalen Partei zu betrachten gewesen wäre. Es hat sich dazu in den Reihen unserer Parteigenossen durchaus keine Neigung gezeigt. Das schließt aber gewiß nicht aus, daß da, wo sich liberale Candidaten bekämpft haben und die überwiegende Stimmung sich für einen derselben entschieden hat, in etwaigen engeren Wahlen energisch und loyal dem größeren Gegner, den Conservativen, Ultramontanen, Socialdemokraten, gegenüber zusammengehalten wird. — Ueber die in der nationalliberalen Fraction herrschenden Anschauungen wird uns aus Berlin vom Donnerstag geschrieben: Nach Allem, was man über die gestrigen Parteiverhandlungen hört, war man, obgleich wohl die größere Hälfte der Theilnehmer dem sogenannten rechten Flügel der Fraction beigezählt werden kann, doch darüber einig, daß heutzutage dem Ansturm der Reaction auf allen Gebieten gegenüber der freisinnige Charakter der Partei besonders hervorzuheben sei. Herr von Bennigsen hat Das für seine Person ja auch bereits betont, indem er in einem Briefe an die Wähler in Wolfenbüttel die Conservativen als die Feinde bezeichnete, gegen welche jetzt anzukämpfen sei. Daß aber nun auf der anderen Seite nicht von einem gemeinschaftlichen Wahlprogramm mit der Fortschrittspartei die Rede sein kann, hat (wie unsern Lesern bekannt) der „Hannov. Cour." vor einigen Tagen schon auseinandergesetzt und wird, wie es scheint, von der Fortschrittspartei am Allerwenigsten gewünscht. Herr von Bennigsen bleibt auch hier den Anschauungen völlig getreu, denen er am 11. November 1867 in der Schlußsitzung des Nationalvereins in Kassel Ausdruck gab. Es ist heute vielleicht an der Zeit, wieder einmal an seine Worte zu erinnern. Er sagte: „Im Jahre 1859 fanden sich Vertreter der verschiedenen liberalen Richtungen zusammen und begruben ihre alten Gegensätze. Das Band ist jetzt zerrissen, die damals vereinigten Parteien stehen vielfach heftig und entschieden gegen einander. Es wird sich fragen, ob es auf diese Weise möglich ist, neue Freiheitsziele zu erreichen. Manche hoffen auf eine Wiederverschmelzung. Diesen Wunsch, diese Meinung theile ich nicht. Verschiedene Lagen und Aufgaben erheischen auch verschiedene Mittel. Im Jahre 1859 war jene Fusion der Liberalen und der demokratischen Partei die Vorbedingung jedes, noch so geringen Fortschritts; heute wird ihre Erneuerung ein Hinderniß des Vorwärtskommens. Die Ereignisse von 1866 haben das Band gesprengt; wir können es nicht, und ich sage, wir wollen es auch nicht wieder anknüpfen. Ein anderes und gesunderes Verhältniß muß zwischen dem rechten und dem linken Flügel des Liberalismus fortan sich herstellen. Noch haben beide mächtige Gegner zu bekämpfen, zumal im östlichen Preußen, wo, wie alle letzten Wahlen zeigen, die conservative Partei stärker ist als den wirklich vorhandenen conservativen Interessen irgend entspricht. Zu diesem Kampfe aber können wir, nachdem die inneren Unterschiede einmal wiederum so grell hervorgetreten sind, nicht mehr in einer einzigen Partei und einem einzigen Verein antreten. Dagegen ist es wohl möglich, daß ein billiges und gerechtes Verhältniß hergestellt werde, mit Anerkennung der vorhandenen Grenzen, aber auch mit dem Entschluß, die verderblichen reactionairen Tendenzen noch wie vor gemeinsam zu bekämpfen. Keine Verschmelzung, aber auch keine Schärfung des Gegensatzes! Die eigentlichen und unversöhnlichen Gegner, deren Haß den Nationalverein von der Geburt bis zum Tode begleitet hat, sind die Ultramontanen und die starren Particularisten. Gegen sie muß der Kampf ohne Rast und Gnade fortgesetzt werden, bis sie begreifen, daß sie den Jahrhunderte lang geübten unheilvollen Einfluß auf Deutschlands Geschicken für immer verloren haben." Die Verhältnisse liegen jetzt nicht gerade wie im Jahre 1867, aber die Aeußerungen Bennigsen's beanspruchen auch nach 14 Jahren noch Bedeutung.

Herr v. Schlözer ist kürzlich vom Papste in Audienz empfangen worden und befindet sich vielleicht schon heute auf der Reise nach Berlin. Die Verhandlungen mit dem Vatican sind daher augenscheinlich in ein entscheidendes Stadium getreten: es wird sich darum handeln, welche Concessionen Herr v. Schlözer nach Berlin mitbringt. Am 12. d. M. wußte die „Gazzetta d'Italia" zu berichten, daß die Verhandlungen zwischen dem Staatssecretair Cardinal Jacobini und Herrn v. Schlözer noch fortdauerten. Obgleich die Streitpuncte nicht wenige und nicht leichte seien, rechne man doch mit Bestimmtheit auf eine Verständigung, da sowohl der Papst als Fürst Bismarck, der darin den Absichten seines Monarchen folge, von den besten Absichten beseelt seien. Der Papst wünsche auch die zwischen dem Vatican und der russischen Regierung schwebenden Fragen, namentlich soweit es die polnischen Diöcesen betrifft, zu ordnen. Wenn Leo XIII. in diesen Bestrebungen durchdringe, so rechne er darauf, in der Haltung, die das Papstthum nach den letzten Vorfällen Italien gegenüber eingenommen hat, einen Rückhalt in Europa zu erlangen. Es wird vielfach bemerkt, daß aus diesen Gesichtspuncten der Cardinal Ledochowsky allein unter allen Unversöhnlichen des heiligen Collegs den Verhandlungen über Herstellung eines modus vivendi mit Deutschland in schroffer Weise entgegentritt. Uebrigens veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg." den Artikel der „Gazetta d'Italia", der mit folgenden Worten schließt:

Italien kann den deutschen Reichskanzler zu dem gegenwärtigen Verhandlungen mit dem Vatican nur beglückwünschen. Jedes Zugeständniß, welches die Curie der preußischen Regierung stillschweigend oder ausdrücklich macht, ist ein Schritt nach vorwärts, zeigt, daß die Kirche thatsächlich auf ihre alten Ansprüche Verzicht leistet. Italien hat in der That keinen Grund, sich darüber zu beklagen. Es hat von jeher den Wunsch gehegt, das Papstthum möge endlich aus dem engen Kreise des non possumus heraustreten und sich der allgemeinen Bewegung der civilisirten Welt anschließen. Wir wissen außerdem, daß ein jedes Uebereinkommen zwischen dem Vatican und dem preußischen Staate unter allen Umständen nur einen religiösen Charakter haben wird. Den Beweis hätte finden wir unter Anderm auch darin, daß die Organe der deutschen Centrumspartei mit dem Erfolge der Unterhandlungen keineswegs einverstanden sind, aus dem einfachen Grunde, daß diese Partei nicht hoffen darf, irgend welche politische Vortheile aus einer Versöhnung zwischen dem Vatican und der Regierung ziehen zu können.

Wir sehen dem Resultat der Unterhandlungen des Dr. Schlözer mit dem Vatican vertrauensvoll entgegen, denn wir wissen, daß mit den Concessionen, welche Fürst Bismarck der Kirche machen wird, keine politischen Zwecke verfolgt werden. Es handelt sich, wie wiederholen es, nur um eine Wiederherstellung des religiösen Friedens. Um dies aber zu erreichen, wird kein deutscher Kaiser nach Canossa zu gehen brauchen und wird auch kein Papst wie Gregor VII. im Exil sterben.

Augenscheinlich handelt es sich bei den Officiösen darum, für die Kirchenvorlagen, welche den Mittelpunct der bevorstehenden Session des preußischen Landtages bilden werden, rechtzeitig Stimmung zu machen. Allem Anschein nach wünscht die Regierung das Halbdunkel, das über der ganzen Frage schwebt, vor den Reichstagswahlen aus naheliegenden Gründen nicht aufzuhellen; man fürchtet vielleicht doch, einen übeln Eindruck zu machen. Aber freilich in diesem Halbdunkel sind Befürchtungen erzeugt worden, die der Regierung in den liberalen Kreisen kaum weniger nachtheilig sein werden als die Thatsachen selbst.

Man schreibt uns aus Berlin: Das frühere Tagen der Reichstags- vor der Landtagssession darf nunmehr als beschlossen angesehen werden. Die erstere wird zu Anfang oder in der Mitte des November, die letztere unmittelbar nach der Feststellung des Reichsbudgets für 1882/83 stattfinden. Nimmt man an, daß der Reichstag für diese seine nächstliegende Aufgabe eine Frist von drei bis vier Wochen gebraucht, und daß die Session ganz programmmäßig, d. h. ohne unvermuthete Erweiterung ihres Arbeitsmaterials, verläuft, so würde das preußische Abgeordnetenhaus doch frühestens im ersten Drittel des December in die Lage kommen, an die neue kirchenpolitische Vorlage heranzutreten. Man hat also mit der Thatsache zu rechnen, daß die Puttkamer'schen Friedensvollmachten am 1. Januar ihr gesetzliches Ende erreichen, ohne von neuen und größeren „discretionairen" Erleichterungen abgelöst worden zu sein. Wir stützen uns auf gute Erkundigungen, wenn wir gerade diese Anordnungen als in den Wünschen des Herrn von Goßler liegend und als einen beabsichtigten Ausdruck des Entgegenkommens gegen das Centrum bezeichnen. Denn es könnte dem letzteren durchaus nicht genehm sein, wenn es beim Abschluß des Friedens ein Gesetz zur Grundlage der Verständigung machen müßte, gegen welches es im Frühjahr vorigen Jahres mit aller Erbitterung gekämpft hatte. Erst müssen diese unglückseligen Vollmachten aus dem Wege geräumt sein, ehe Herr Windthorst sich herbeiläßt, mit sich reden zu lassen.

Nach officiösen Andeutungen wird im Reichsamt des Innern an einem Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Auswanderungswesens, gearbeitet; namentlich soll es sich dabei um die Regelung des Geschäftsbetriebs der Auswanderungs-Agenten handeln. Es wird jetzt gemeldet, daß in der letzten Zeit die Auswanderung nicht nur aus den östlichen Provinzen Preußens, sondern auch aus den westlichen bedeutend in der Zunahme begriffen ist. Unter Anderm sind es Bergarbeiter, die sich zur Auswanderung veranlaßt sehen. Es ist bemerkenswerth, daß ein bedeutendes Organ der Schutzzollpartei, die „Essener Zeitung", angesichts dieser Auswanderung von Bergarbeitern das Eingeständniß macht, daß die Verhältnisse jetzt noch schlimm und die Löhne noch zu geringe seien, wobei freilich auf die Zukunft vertröstet wird.

Die „Elsaß-Lothringische Zeitung" veröffentlicht den Erlaß des kaiserlichen Statthalters aus Gastein vom 12. d. M., durch welchen (wie schon in telegraphischer Kürze gemeldet) das Organ der Protestpartei, „Presse von Elsaß-Lothringen" auf Grund der dem Statthalter zustehenden gesetzlichen Vollmachten verboten wird. Es heißt in dem betreffenden Erlasse, der Statthalter habe bei Beginn seiner Amtsthätigkeit in Elsaß-Lothringen die Presse von dem Erforderniß vorgängiger Genehmigung befreit. Er habe Dies gethan, um einer allseitigen Erörterung der Interessen des Landes freien Spielraum zu geben, er könne aber nicht dulden, daß Blätter in Elsaß-Lothringen erschienen, welche lediglich fremden Interessen dienten und gegen den völkerrechtlichen Zustand des Reichslandes ankämpften. Dies habe die Straßburger Zeitung „Presse von Elsaß-Lothringen" wiederholt und besonders noch in der Nummer vom 6. d. M. gethan. In dem weiteren Theile des Erlasses wird sodann das Verbot ausgesprochen und die sofortige Ausführung desselben angeordnet, welche am Donnerstag Vormittag durch die Polizeidirection erfolgt ist.

Wie der „Boss. Ztg." aus Wien gemeldet wird, hat eine große Zahl Juristen ein Comité gebildet, das, um den Kampf der Verfassungspartei zu unterstützen, in allen öffentlichen Fragen unentgeltlich Rath ertheilt. Es soll Jedermann erleichtert werden, seine Rechte zu vertheidigen, die Freiheit der Wahlen soll gegen unberechtigte Eingriffe, von welcher Seite immer, geschützt, gegen Beschränkung der Preßfreiheit mittelst der massenhaft auftretenden Zeitungsconfiscationen soll durch Verfolgung aller Rechtsmittel vor den Gerichten gesetzlicher Schutz geboten werden.

In Pest hat in der Nacht zum 13. d. Mts. die voraussichtende Demonstration zu Ehren des gewesenen Lieutenants Götzel in Form eines Studentenbanketts stattgefunden. Dem Wiener „Fremdenblatt" wird darüber Folgendes berichtet: „Berhovay hielt eine lange Rede. Eine Damendeputation, unter der Führung der Baronin Lipthay, erschien in der Versammlung und überreichte Götzel einen Lorbeerkranz mit tricoloren Schleifen und der Inschrift: „Dem treuen Ungar zum ewigen Andenken." Aus der Versammlung wurden folgende zwei Telegramme entsendet: „An Seine Majestät den apostolischen König Franz Josef in Miskolcz. Die Universitätsjugend, versammelt bei dem zu Ehren Götzel's veranstalteten Festbankett, ruft, vertrauensvoll erwartend, daß die Verletzer der ungarischen Verfassung ihrer Strafe nicht entgehen werden, Ew. Majestät, als dem obersten Kriegsherrn, dem ersten ungarischen constitutionellen König, aus tiefstem Herzen ein begeistertes Eljen zu. Die Pester Universitätsjugend." Ein zweites Telegramm wurde „An die wackeren Eltern des wackeren Sohnes" nach Kismark gesendet. Von auswärts trafen gleichfalls zwei Begrüßungstelegramme ein.

Der Orden der Jesuiten und die ihm zugewandten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden und es ist ihnen jede Wirksamkeit in Kirche und Schule untersagt. Trotz dieser sehr klaren Bestimmung der Bundesverfassung haben Jesuitenpatres bei der Canisius-Feier in Freiburg aufreizende Predigten gehalten. Auf diese Nachricht forderte der Bundesrath die Freiburger Regierung auf, über die fraglichen Vorgänge Bericht zu erstatten. Die